76. Jahrgang. Nr. 458 Mittwoch, 28. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Rollenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Papen vor dem Untersuchungsausschuß

Reichstagsauflösung war nicht beabsichtigt

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Sept. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags, der sich zum Untersuchungsausschuß konstituiert hat, hielt heute nachmittag die Sitzung ab, die der Vernehmung der Regierungsmitglieder gewidmet war. Die erwartete Sensation trat äußerlich allerdings nicht so stark in Erscheinung, da man die Oeffentlichkeit auf ganze 16 Zuhörer beschränkt hatte, ein Vorgehen, das wohl allerdings mit Rücksicht auf die mangelnden Platzverhältnisse gewählt worden war. Herr Löbe, der ehemalige Reichstagspräsident, fühlte sich ordentlich in seinem Element, als er einleitend nochmals sämtliche Formalien feststellte. Der kommunistische Abgeordnete Torgler, der bekanntlich schon in der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstags eine gewisse Rolle gespielt hatte, drängte sich auch heute wieder mit der an ihm gewohnten Ellbogenkraft in den Vordergrund. Er verlangte, offenbar gerade weil die Mehrheit ein Eingehen auf politische Fragen von vornherein abgelehnt hatte, daß man in Gegenwart des Kanzlers eine politische Auseinandersetzung führe. Die Nationalsozialisten wandten sich gegen das kommunistische Ansinnen, das denn auch der Ablehnung durch den Ausschuß verfiel.

Die Spannung, die von Anfang an über der Sitzung lag, erreichte naturgemäß ihren Höhepunkt, als der Reichskanzler von Papen zu Worte kam.

In den Ausführungen des Kanzlers über den Verlauf des Teiles der letzten Reichstagssitzung, in der es zur Auflösung kam, fiel zunächst auf, daß die Erklärungen des Kanzlers im Gegensatz zu denen, die er noch am Tage der Auflösung im Rundfunk in der Sitzung gemacht hatte, auf einen milden Ton abgestimmt waren. Hatte der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede zu wiederholten Malen von der Verfassungswidrigkeit des Vorgehens des Reichstagspräsidenten gesprochen, so vermied er in seinen heutigen Darlegungen das Wort „verfassungswidrig" gänzlich.

In sachlicher Hinsicht ergaben die Darlegungen des Reichskanzlers zunächst nichts Neues. Auch die Aussage des Reichstagspräsidenten Göring förderte zunächst keine neuen Momente zutage. Der Reichskanzler unterstrich auf eine Frage des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frank nochmals seine Auffassung, daß die Abstimmung, in der der Regierung mit einer übergroßen Mehrheit das Mißtrauen des Parlaments ausgesprochen wurde, nicht rechtsgültig sei, weil sie erst erfolgte, nachdem das Auflösungsdekret dem Hause zugestellt war. Herr v. Papen bestritt, was seinem bisher eingenommenen Standpunkt ebenfalls entspricht, zu wiederholten Malen, daß man die Absicht gehabt hätte, den Reichstag von vornherein aufzulösen. Die Behauptung, daß er, der Reichskanzler, demonstrativ mit der roten Mappe gewinkt hätte, sei absolut falsch.

Von besonderem Interesse war sodann noch die Stelle in der Aussage des Reichstagspräsidenten Göring, in der dieser feststellte, daß ihm der Reichskanzler in einer acht Tage vor dem Reichstagszusammentritt stattgefundenen Unterredung keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß die Regierung die Abstimmung über ein Mißtrauensvotum durch vorherige Auflösung verhindern würde. Diese Angaben Görings wurden vom Reichskanzler v. Papen bestätigt. Göring bestritt auch, daß der Reichskanzler mündlich um das Wort gebeten habe. Er habe das nicht gehört, und die von der Sitzung aufgenommene Schallplatte verzeichnet eine solche mündliche Wortmeldung ebenfalls nicht.

Ueberraschungen ergaben auch die späteren Aussagen des Reichsinnenministers v. Gayl und des Staatssekretärs der Reichskanzlei Dr. Planck nicht. Neue Gesichtspunkte wurden — das war so ziemlich der allgemeine Eindruck, den die Zuhörenden hatten — in der Vernehmung der Regierungsmitglieder nicht zutage gefördert.

Den Abstimmungen, die der Ausschuß am Schluß seiner Sitzung vornahm, mißt man in Regierungskreisen nur theoretischen Wert bei. Der Ausschuß stellte nach einem angenommenen nationalsozialistischen Antrag fest, daß der Reichstagspräsident sowohl der Verfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages entsprechend gehandelt hätte. Das bedeutet also, daß praktisch der Vorwurf gegen die Regierung, verfassungswidrig gehandelt zu haben, erhalten bleibt. Wie man in Berliner Regierungsstellen aber hört, gedenkt die Regierung, da sie Wichtigeres zu tun habe, auf diese Feststellungen des Ausschusses nicht weiter einzugehen, um so mehr, als ihnen der Ausschuß ja keinen praktischen, wirksam werdenden Nachdruck zu geben vermöge. Das Kapitel Untersuchungsausschuß ist nunmehr abgeschlossen, und an seinem Ende steht, daß die Regierung an ihrem Standpunkt und der Ausschuß an dem Standpunkt der Volksvertretung festhält. Der Verfassungskonflikt, der sich im Gefolge der Reichstagsauflösung ergab, bleibt also nach wie vor bestehen. Die Anschauungen der Regierung wurden im Ausschuß nur von den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei geteilt. Auch die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen, die sodann angenommen wurden, werden praktisch nicht wirksam werden. Hier ist interessant, daß das Zentrum dem Ausschuß das Recht abstritt, die Aufhebung von Notverordnungen verlangen zu können.

(Sitzungsbericht siehe Seite 2.)

Die sächsischen Regierungsvertreter bei Papen

Verständnis für Sachsens Notlage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Sept. Ueber die Besprechungen, die der sächsische Ministerpräsident Schieck heute mit dem Reichskanzler von Papen hatte, erfahren wir noch, daß es sich bei dieser Besprechung neben der eingehenden Darlegung der schwierigen Verhältnisse, in denen sich der sächsische Staat und die sächsische Wirtschaft befinden, vor allem darum gehandelt hat, das Verständnis des Reiches für die Schwierigkeiten, mit denen gerade Sachsen zu kämpfen hat, zu wecken und zu vertiefen. Die Folgerungen, die das Reich zur Behebung der sächsischen Notlage zu ziehen haben wird und die insbesondere bei der Vergebung der Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zum Ausdruck kommen sollen, werden naturgemäß erst für die nächste Zeit spruchreif werden.

Die sächsischen Herren konnten, wie wir an unterrichteter Stelle hören, immerhin den Eindruck gewinnen, daß die Reichsregierung für die Nöte, mit denen Sachsen zu ringen hat, Verständnis aufbringen und im Rahmen ihrer Kraft bestrebt sein will, für eine Milderung zu sorgen.

Der sächsische Ministerpräsident hat auch auf die Verhältnisse hingewiesen, unter denen die sächsischen Beamten, sowohl Staats- als auch Gemeindebeamten, zu leben genötigt sind und hat dabei bemerkt, daß die Reichsbeamten in den entsprechenden Gehaltsstufen besser bezahlt würden als die sächsischen Beamten. Damit der Reichskanzler an Ort und Stelle — durch Fühlungnahme mit den führenden Persönlichkeiten der sächsischen Wirtschaft — einen lebendigen Eindruck gewinnt, und auch zur Herstellung eines engeren Verhältnisses zwischen Sachsen und Reich, hat

Ministerpräsident Schieck Herrn von Papen gebeten, auch einmal die sächsische Hauptstadt Dresden aufzusuchen. Der Reichskanzler hat die Erfüllung dieses Wunsches grundsätzlich zugesagt.

Ein Termin konnte heute noch nicht vereinbart werden. Der Herstellung engerer Beziehung dient der heutige Besuch insofern, als beide Herren, sowohl der sächsische Ministerpräsident als auch der Reichskanzler, Gelegenheit zu einer eingehenderen Aussprache hatten; Ministerpräsident Schieck kannte den Reichskanzler von Papen bisher nur flüchtig. Wie die süddeutschen Länder durch die Entsendung ihrer Staatshäupter nach Berlin Wert auf die Herstellung eines guten Einvernehmens mit Berlin legten, so auch Sachsen, daß im Rahmen der gegebenen Verhältnisse danach trachten muß, von den Entscheidungen, die in der Reichshauptstadt getroffen werden, möglichst günstige Auswirkungen für sich zu erlangen.

Agrar-Notverordnungen unterzeichnet

Berlin, 27. Sept. Der Reichspräsident hat am Dienstagabend die in der Rede des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun am Montag in München angekündigten Notverordnungen über die Zinssenkung für landwirtschaftliche Hypothekenzinsen und über das Vermittlungsverfahren für die Landwirtschaft und den verstärkten Vollstreckungsschutz unterzeichnet.

Damit ist der erste Teil des Agrarprogramms der Regierung in die Tat umgesetzt.

Die Kontingentierung wird auf dem Wege einer Verordnung erfolgen, die voraussichtlich erst in zehn bis vierzehn Tagen erlassen werden wird, nachdem die Verhandlungen des Ministerialrats Walter mit den ausländischen Regierungen abgeschlossen sind. Die beiden Notverordnungen über die Zinssenkung und den Vollstreckungsschutz werden im Laufe des Mittwochs veröffentlicht werden.

150 Erdbeben-Tote in Griechenland

Athen, 27. Sept. Nach neueren Nachrichten aus Saloniki hat das Erdbeben in Chalkidike 150 Tote gefordert. Die Zahl der Verwundeten wird auf 500 geschätzt. Besonders betroffen wurden die Dörfer Jerissos, Stratoniki und Nea Roda. Die Bewohner wurden von panischem Schrecken ergriffen. Sanitätskolonnen und Hilfsmannschaften sind nach dem zerstörten Gebiet abgegangen. Die Erdstöße dauern noch an.

Die hohe Zahl der Toten erklärt sich daraus, daß das Erdbeben abends gegen 10 Uhr einsetzte, als sich die meisten Dorfbewohner bereits zur Ruhe begeben hatten. Mit Donnergetöse stürzten die Häuser ein und begruben ihre Bewohner unter sich. Todesschreie hallten durch die sonst so still liegenden Dörfer. Die nicht unter den Trümmern begrabenen Bewohner flüchteten halbnackt und übernachteten unter freiem Himmel.

Japans meisterhaftes Spiel

Genau vor einem Jahre war es, da rollten die Truppenzüge von Westen nach Osten, da begann Rußland an der mandschurischen Grenze eine große Armee zusammenzuziehen, bis bei Tschita und Wladiwostok rund zweihunderttausend Mann standen, aufs beste ausgerüstet, auf Monate hinaus mit Proviant versehen, bereit, sich auf Moskaus Befehl auf die Japaner zu stürzen, denn diese hatten am 18. September Mukden bombardiert und gleichzeitig ihren Vormarsch angetreten, dessen Ziel, wie von vornherein feststand, die völlige Herrschaft über die Mandschurei war. Durfte Rußland sich das bieten lassen? Im Anfang unseres Jahrhunderts war es das Zarenreich, das den maßgebenden Einfluß in diesen drei nördlichen Provinzen Chinas besaß, und es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, daß es sich die Mandschurei endgültig einverleibte. Nach der Niederlage im russisch-japanischen Kriege mußte der Zar seine Regimenter, die in der Mandschurei stationiert waren, zurückziehen, und das japanische Eindringen begann. Weltkrieg und Revolution beendeten die Versuche Moskaus, die alte Stellung wiederzugewinnen. Noch besaß aber Rußland die ostchinesische Bahn, noch hatte es dort zahlreiche Interessen zu verteidigen, und diese waren ihm so wichtig, daß es seine Divisionen von der bisher am stärksten gesicherten westlichen Grenze in langen Wochen beschwerlicher Transporte hinüberwarf an den Amur. Mehr noch, man wollte den Rücken frei haben im bevorstehenden Kriege gegen Japan, verspürte daher im Westen das Bedürfnis nach einem Nichtangriffspakt, den man dann auch mit Polen abschloß.

Und jetzt? Die russischen Kanonen haben nicht gedonnert, obgleich der russische Einfluß in der Mandschurei einfach auf Grund der von Japan geschaffenen Verhältnisse immer weiter herabsank. Japan proklamierte den neuen Staat Mandschukuo — und Moskau schwieg. Ja, neuerdings hat es den Anschein, als wenn die Sowjetrepublik gar bereit wäre, sich eines Tages von der unbequemen politischen und finanziellen Belastung durch die Ostbahn zu lösen, und am Sonntag wurde gar in Moskauer politischen Kreisen erklärt, die Regierung habe es aufgegeben, Japans mandschurische Politik zu bekämpfen. Das ist eine Wendung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Den Preis, den Japan dafür gezahlt hat, erfährt man auch bereits zum Teil: Am Sonnabendvormittag ist ein russisch-japanisches Petroleumabkommen unterzeichnet worden, in dem Japan sich verpflichtet, für seine Flotte jährlich 60 000 Tonnen russisches Erdöl zu beziehen. Den Sowjets ist die Durchführung ihres Fünfjahresplanes wichtiger als alles andere. Dazu scheint Japan seine Mithilfe versprochen zu haben. Die wirtschaftliche und innerpolitische Schwäche der Sowjetunion ist die stärkste Karte in dem gewagten Spiel des Außenministeriums in Tokio.

Frei hat das Inselreich den Arm, soweit Rußland in Frage kommt. Doch über dem Gebiet der Mandschurei kreuzen sich die Fäden der großen Politik wie nur an wenigen Punkten der Erde. Nun hat Japan trotz des Vertrages von Washington, trotz des Kelloggpaktes, des Neun-Mächtevertrages und des Völkerbundspaktes den Staat Mandschukuo ins Leben gerufen, mit ihm ein Bündnis geschlossen, das dem Eindringling alle Rechte gibt, die ein Mutterland in einer Kolonie hat, hat soeben Mandschukuo „amtlich anerkannt", und klar und eindeutig erklärt das Außenministerium in Tokio, daß die Mandschurei in Zukunft nur für solche Länder offen sein wird, die ebenfalls die Anerkennung vollziehen. Die Mandschurei ist etwa so groß, wie Deutschland und Frankreich zusammen, bevölkert von fast dreißig Millionen reinblütigen Chinesen, denen gegenüber die zweihunderttausend Einwohner japanischer Nationalität verschwinden. Japans Vorgehen ist ein Meisterstück moderner imperialistischer Politik, vollbracht unter Anwendung aller Kunstgriffe, die der gelehrige gelbe Schüler von seinen weißen Lehrern nur irgendwie absehen konnte. So zeigte ihm Amerika die wirtschaftliche und finanzielle Durchdringung eines Landes, Frankreich gab ihm das Beispiel, wie man separatistische Strömungen erzeugt, und alles, was mit dem Völkerbund zusammenhängt, lehrte ihn, daß internationale Verträge, verbriefte und versiegelte Rechte, in der Hand des Starken wie Gummi sind, das man beliebig zerren und dehnen kann. Die Frage ist nur, was werden die anderen tun. Der Europäer richtet seine Blicke wohl zunächst nach England. Die britische

Heute:

Literarische Umschau

Seite 7